

Anlage 1

Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange

Ifd. Nr.	Behörde	Stellungnahme	Abwägung der Verwaltung
1.	Verwaltungsgemeinschaft Ertal, E-Mail vom 12.03.2020	[..] Seitens unserer Mitgliedsgemeinden Bürgstadt und Neunkirchen werden keine Anregungen zum Lärmaktionsplan vorgebracht.	Zur Kenntnis genommen
2.	Staatliches Bauamt Aschaffenburg, E-Mail vom 12.03.2020	[..] Soweit die Interessen des Staatlichen Bauamts berührt sind, besteht grundsätzlich Einverständnis mit dem vorliegenden Entwurf. Vorsorglich möchten wir jedoch daraufhin weisen, dass der avisierte Baubeginn der OK Kirschfurt im Jahr 2023 noch nicht bestätigt werden kann.	Zur Kenntnis genommen
3.	Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung Straßenwesen und Verkehr, Schreiben vom 18.03.2020	<p>[..] Nach Prüfung der entsprechenden Unterlagen können wir zum Entwurf des Lärmaktionsplanes Folgendes mitteilen:</p> <p>I. Verlegung L 2310</p> <p>Die Maßnahme „L 2310, Ortsumfahrung Freudenberg (mit Tunnel und neuer Mainbrücke)“ ist im Maßnahmenplan Landesstraßen zum Generalverkehrsplan 2010 Baden-Württemberg (GVP 2010) nachrichtlich als Großprojekt ohne Finanzierung enthalten.</p> <p>Der Vorentwurf der Tunnelvariante wurde am 06.12.2010 vom damaligen Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr (UVM) genehmigt, allerdings ohne Zustimmung einer Weiterführung der Planung aufgrund der hohen Kosten. Aus diesem Grund wird seitens der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg die Suche nach Alternativen priorisiert, da die Tunnelvariante auf absehbare Zeit nicht finanzierbar ist.</p> <p>II. Ortsumfahrung (OU) Kirschfurt</p> <p>Der Bau der Ortsumfahrung Kirschfurt (St 2315) mit neuer Mainbrücke auf der Westseite von Freudenberg der bayerischen Straßenbauverwaltung ist Teil eines Konzepts zur Entlastung der Ortsdurchfahrten in der Stadt Freudenberg und der Gemeinde Collenberg (BY). Die Planung erfolgt durch das Staatliche Bauamt Aschaffenburg. Der auf bayrischer Seite vorangetriebene Bau der OU Kirschfurt wird seitens der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg unterstützt (Kostenanteil BW ca. 7 Mio. €).</p> <p>Verkehrliche Wirkung des Baus der Ortsumfahrung Collenberg-</p>	<p>I. Zur Kenntnis genommen</p> <p>II. Zur Kenntnis genommen</p>

Ifd. Nr.	Behörde	Stellungnahme	Abwägung der Verwaltung
		<p>Kirschfurt mit der neuen Mainbrücke auf die Verkehrssituation in Freudenberg: Das von der bayrischen Straßenbauverwaltung vorgelegte Verkehrsgutachten zeigt in Teilbereichen der Ortsdurchfahrt von Freudenberg eine Verkehrsentslastung von ca. 3.300 Kfz/24h.</p> <p>Durch den Bau der Ortsumfahrung von Collenberg-Kirschfurt tritt eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Freudenberg ein. Insbesondere der Knoten in Ortsmitte ist stark beengt und würde dadurch signifikant entlastet. Der Bau der Ortsumfahrung Kirschfurt verbessert merklich die Verkehrssituation in der Ortsdurchfahrt von Freudenberg.</p> <p>Der baden-württembergische Teil des RE-Entwurfs zur OU Kirschfurt wurde 2019 seitens des Regierungspräsidiums Stuttgart geprüft und Ende Februar 2020 vom Ministerium für Verkehr genehmigt. Die Unterzeichnung des Staatsvertrags ist im ersten Halbjahr 2020 vorgesehen, so dass die bayrische Straßenbauverwaltung noch im 2. Halbjahr 2020 das Planfeststellungsverfahren einleiten kann. Ein Baubeginn im Jahr 2023 erscheint somit realistisch.</p> <p>III. OD Freudenberg Verwendung lärmarmer Fahrbahnbeläge</p> <p>Die Verwendung eines höher lärmabsorbierenden Belags ist grundsätzlich möglich, sofern hinsichtlich der betroffenen Streckenabschnitte Erhaltungsmaßnahmen anstehen. Insofern wird von Seiten des Regierungspräsidiums Stuttgart bei allen vorgesehenen Erhaltungsmaßnahmen anhand des aktuellen Sachstands (z.B. technisches Regelwerk, Lärmbelastung) geprüft, ob die Voraussetzungen für den Einsatz eines solchen Belags vorliegen und dieser eingebracht werden kann.</p> <p>Gemäß der Zustandserfassung und -bewertung (ZEB) auf Landesstraßen 2016 sind im genannten Bereich keine prioritären Erhaltungsabschnitte ausgewiesen. Eine Sanierung bzw. Fahrbahndeckenerneuerung steht demnach eher erst zu einem späteren Zeitpunkt an</p>	<p>III. Zur Kenntnis genommen</p>
4.	Landratsamt Miltenberg, der Landrat, Schreiben vom 17.03.2020	Zu den im Betreff genannten Planungen nimmt das LRA Miltenberg wie folgt Stellung:	Zur Kenntnis genommen

lfd. Nr.	Behörde	Stellungnahme	Abwägung der Verwaltung
		<p>Sachverhalt: Die Stadt Freudenberg am Main ist durch die Landesstraße L 2310 an den überregionalen Verkehr angebunden [...]</p> <p>Stellungnahme: [...] Unter den geplanten Maßnahmen zur Lärm-minderung für die nächsten fünf Jahre wird als effektivste Maß-nahme eine Verlegung der L 2310 genannt, allerdings ohne konkrete Zeitangaben. Weiter wird eine Teilentlastung der Alt-stadt von Freudenberg über die Ortsumfahrung Kirschfurt ver-bunden mit dem Bau einer neuen Mainbrücke außerhalb von Freudenberg aufgeführt.</p> <p>Die im LAP angesprochenen zeitnahen Maßnahmen haben auch Auswirkungen auf den Landkreis Miltenberg. Da bisher noch keine Planunterlagen zur geplanten Ortsumfahrung vorlie-gen, kann das LRA Miltenberg hierzu keine Stellungnahme ab-geben.</p> <p>Der Bau der Mainbrücke als länderübergreifende Maßnahme soll zeitnah über einen Staatsvertrag geregelt werden, sodass das Planfeststellungsverfahren auf den Weg gebracht werden kann. An Vorgesprächen zur Erarbeitung des Staatsvertrages wurde der Landkreis Miltenberg, vertreten durch den Landrat, bereits beteiligt. Die Planung wird durch das Staatliche Bauamt Aschaffenburg in Abstimmung mit dem Land Baden-Württemberg durchgeführt. Erst im Rahmen des Planfeststel-lungsverfahrens kann eine detaillierte Prüfung für den Schall-schutz erfolgen. Wir bitten im Planfeststellungsverfahren den Landkreis Miltenberg, das Landratsamt Miltenberg sowie die angrenzenden betroffenen bayerischen Gemeinden zu betei-ligen. [...]</p>	
5.	Landratsamt Main-Tauber-Kreis, Schreiben vom 30.03.2020	<p>a) Kommunal- und Rechnungsprüfungsamt:</p> <p>In dem Lärmaktionsplan ist unter anderem eine Mauterhebung vorgesehen.</p> <p>Mit der Zulässigkeit einer Mauterhebung auf einer öffentlichen Straße durch eine Kommune hat sich bereits der Wissenschaftli-che Dienst des Deutschen Bundestages im Jahre 2016 befasst. Hierbei kommt man zu dem Ergebnis, dass ein solcher Eingriff in die Grundrechte (Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG) der Straßennutzer nur auf Grundlage eines Bundes- oder Landesgesetzes erfolgen kann. Derzeit ist</p>	Zu a) Der entsprechende Passus unter 3.3 (langfris-tige Maßnahmen) wurde aus der Fortschreibung des Lärmaktionsplanes gestrichen.

lfd. Nr.	Behörde	Stellungnahme	Abwägung der Verwaltung
		<p>für Baden-Württemberg eine solche gesetzliche Grundlage nicht erkennbar.</p> <p>Eine gemeindliche Satzung ohne eine gesetzliche Grundlage reicht für diesen Eingriff in die Grundrechte nicht aus. Eine Satzung zur Erhebung von Straßenmaut kann auch nicht auf Grundlage des KAG erlassen werden. Mangels einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage ist eine Zulässigkeit der Stadt Freudenberg zur Erhebung einer City-Maut nicht gegeben.</p> <p>b) Rechts- und Ordnungsamt:</p> <p>Unter Punkt 3.2, Spiegelstrich Nr. 4 des Lärmaktionsplanes wird die Errichtung und den Betrieb einer weiteren Geschwindigkeitsmessanlage aufgeführt. Aus dem Entwurf des Lärmaktionsplanes ist jedoch kein Standort einer Geschwindigkeitsmessanlage ersichtlich. Zur Beurteilung der Zulässigkeit einer Geschwindigkeitsmessanlage wäre ein konkreter Standort festzulegen und dort ein Geschwindigkeitsprofil zu erheben.</p> <p>c) Umweltschutzamt:</p> <p>Es wird empfohlen vor Ausführung baulicher Maßnahmen über Abwasseranlagen (z.B. Einbau lärmoptimierter Fahrbahnbeläge etc.), die Kanalnetzberechnungen zu überprüfen und ggf. vorhandenen hydraulischen Sanierungsbedarf der Kanalisation entsprechend den Planungen zu berücksichtigen. Ferner wird empfohlen einen evtl. vorhandenen Sanierungsbedarf nach der Eigenkontrollverordnung zu berücksichtigen. Bei wesentlichen Änderungen/ Sanierungsarbeiten an der L2120 im Bereich der Wasserschutzgebietszone II sollte auf eine ordnungsgemäße Niederschlagswasserbeseitigung nach den anerkannten Regeln der Technik geachtet werden. Im Aktionsplan werden als geplante Maßnahmen u.a. eine mögliche Verlegung der L2310, sowie der Neubau einer Ortsumfahrung beschrieben. Hierzu wird darauf hingewiesen, dass die Niederschlagswasserbeseitigung von Straßen grundsätzlich schadlos zu erfolgen hat.</p> <p>d) Straßenbauamt:</p> <p>Der unter Punkt 1.2 angegebene DTV von 10.328 Kfz/24 h im Zuge der L2310 erscheint zu hoch. Es befinden sich westlich von Freudenberg eine Zählstelle mit 3.271 Kfz/24 h und östlich eine Zählstelle mit 4.015 Kfz/24h. Der hohe Schwerverkehrsan teil mit bis zu 10 % wird bestätigt.</p>	<p>Zu b) Im Lärmaktionsplan wurde unter 3.2 (Maßnahmen der nächsten fünf Jahre) folgendes ergänzt: „... zwischen Brückenabfahrt und Wertheimer Tor ...“</p> <p>Zu c) Zur Kenntnis genommen</p> <p>Zu d) Die Angaben zu den Verkehrsmengen stammen von der LUBW. Diese wurden den Berechnungen zur Lärmkartierung an Hauptverkehrsstraßen in Baden-Württemberg 2017 zugrunde gelegt. Als Hauptverkehrsstraßen gelten Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen mit einem Verkehrsauf-</p>

lfd. Nr.	Behörde	Stellungnahme	Abwägung der Verwaltung
			kommen von über drei Millionen Kraftfahrzeugen pro Jahr. Dies entspricht einem durchschnittlichen täglichen Verkehrsaufkommen von rund <u>8.200</u> Kfz/24h.
6.	Gemeinde Dorfprozelten, E-Mail vom 31.03.2020	[..] Vielen Dank für die Verlängerung der von Ihnen gesetzten Frist. Aufgrund der grassierenden Corona-Pandemie wird die für heute Abend geplante Gemeinderatssitzung nicht stattfinden. Nach Rücksprache mit dem Bürgermeister wird die Gemeinde Dorfprozelten keine Stellungnahme zur Überarbeitung des Lärmaktionsplans der Stadt Freudenberg in der uns vorliegenden Fassung abgeben.	Zur Kenntnis genommen
7.	Gemeinde Collenberg, E-Mail vom 30.04.2020	[..] Der Gemeinderat erhebt gegen den Entwurf keine Einwände oder weiteren Anregungen.	Zur Kenntnis genommen
8.	Gemeinde Eichenbühl	Keine Stellungnahme eingegangen.	
9.	Stadt Wertheim	Keine Stellungnahme eingegangen.	
10.	Landesnatschutzverband Baden-Württemberg e.V.	Keine Stellungnahme eingegangen.	
11.	NABU Main-Wilbach OG	Keine Stellungnahme eingegangen.	
12.	Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Baden-Württemberg e.V.	Keine Stellungnahme eingegangen.	
13.	Naturschutzbund Deutschland, Gruppe e.V.	Keine Stellungnahme eingegangen.	
14.	Regierungspräsidium Stuttgart, Baureferat Nord	Keine Stellungnahme eingegangen.	

Stellungnahmen der Bürger (aus Datenschutzgründen ohne namentliche Zuordnung)

lfd. Nr.	Bürger	Stellungnahme	Abwägung der Verwaltung
		Keine Stellungnahmen eingegangen.	